

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**Bremen aktiv gegen die Gefahr von rechts**

Wie andere Länder auch ist Bremen und die direkt angrenzende Umlandregion in den letzten Jahren nicht von einer Zunahme rassistischer, antisemitischer und Gewalt verherrlichender Aktivitäten von Rechtsextremisten und Neonazis verschont geblieben. Neben den Aktivitäten neonazistischer so genannter Kameradschaften und Hooligan-Aktivitäten im Grenzbereich zu rechtsextremistischem Gedankengut, ist in Bremen besonders einschlägiger Musik- und Devotionalienhandel hervorzuheben.

In direkter Nähe zu Bremen beunruhigen die Konzentration rechtsextremistischer Kräfte auf dem so genannten Heisenhof bei Verden und die immer unvermittelter auftretenden Anwerbeversuche von jungen Nationaldemokraten und Gesinnungsgenossen vor Schulen und anderen Jugendtreffs. Rechtsextremisten aus Bremen, Bremerhaven und dem Umland treten nachweislich bei bundesweiten Aktionen der Rechten in den Vordergrund. Drohungen gegen Beobachter und Kritiker sollen Aufklärung verhindern und Einschüchterung verbreiten.

Vor diesem Hintergrund möge die Bürgerschaft (Landtag) beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. alle auf Dokumentation und Aufklärung von rechtsextremistischen Bestrebungen gerichteten Aktivitäten, sei es von staatlichen Stellen wie von Nicht-Regierungs-Organisationen, nach besten Kräften zu unterstützen;
2. Erkenntnisse staatlicher Stellen, soweit sie nicht datenschutzrechtlichen Beschränkungen unterliegen und insofern sie geeignet sind, sinnvolle Aufklärung über rechtsextremistische Aktivitäten zu leisten, der interessierten Bevölkerung zugänglich zu machen;
3. die Strafverfolgungsbehörden personell und materiell in die Lage zu versetzen, strafrechtlich relevante Verstöße konsequent und zeitnah zu ahnden und dabei eng mit den entsprechenden Stellen des Landes Niedersachsen zusammenzuarbeiten;
4. einer Unterwanderung friedlicher Fußballfans durch rechtsextremistische Kräfte durch Aufklärung und repressive Maßnahmen vorzubeugen;
5. pädagogische und sozialarbeiterische Ansätze in der Arbeit mit gefährdeten Jugendlichen, soweit sie im Sinne der Eindämmung rechtsextremistischen Gedankengutes unter Jugendlichen erfolgversprechend sind, finanziell zu fördern und dabei zeitgemäße und innovative Ansätze besonders zu berücksichtigen;
6. Projekte, die sich einen friedlicheren, toleranteren und demokratischeren Umgang vor allem junger Menschen miteinander zum Ziel gesetzt haben, gezielt zu fördern;
7. in seiner schulischen wie außerschulischen Bildungspolitik darauf hinzuwirken, dass Erinnern an die Gräueltaten des Nationalsozialismus, Beschäftigung mit heutigen Phänomenen des Rechtsextremismus und Aktivitäten zu seiner Eindämmung fester Bestandteil der Curricula sind und bleiben;

8. besonderen Aktivitäten, wie zum Beispiel Jugendreisen zu Gedenkstätten nationalsozialistischer Opfer, nicht die finanzielle Förderung zu entziehen;
9. an alle staatlichen Stellen zu appellieren, rassistischen oder antisemitischen Bestrebungen eine hohe Aufmerksamkeit zu widmen, und eine klare Absage zu erteilen und
10. sich mit Kräften der Zivil- und Bürgergesellschaft zu verbünden mit dem Ziel, rechtsextremistische Aktivitäten in Bremen und Bremerhaven so weit wie möglich einzudämmen.

Dr. Matthias Güldner,
Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen